

### Studenten im Abseits der Vereinigung: erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch

Heublein, Ulrich; Brämer, Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heublein, U., & Brämer, R. (1990). Studenten im Abseits der Vereinigung: erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch. *Deutschland Archiv*, 23(9), 1397-1410. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-410425>

#### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

#### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

## Studenten im Abseits der Vereinigung

Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch

Ulrich Heublein, Leipzig, Rainer Brämer, Marburg

### 1. STUDENT 90: Dokumentation unterschiedlicher studentischer Kulturen

Trotz der sich bereits abzeichnenden staatlichen Vereinigung haben bundesdeutsche wie DDR-Studenten und -Studentinnen ein halbes Jahr nach Öffnung der Grenzen noch kaum eine Beziehung zum jeweils anderen Deutschland entwickelt. Gleichmaßen nur 10% von ihnen empfinden hüben wie drüben eine starke Verbundenheit mit dem Staat jenseits der innerdeutschen Grenze, für knapp die Hälfte dagegen ist sie nur »schwach« oder »gar nicht« vorhanden (Tab. 1).

Dabei hat sich diese eher als »Desidentifikation« zu bezeichnende Haltung bei DDR-Studierenden, denen eine analoge Frage bereits Anfang 1989 vorgelegt wurde, trotz der seitherigen Ereignisse so gut wie nicht verändert. Während die deutsche Vereinigung in Riesenschritten vorangetrieben wird, verharrt die junge Intelligenz in beiden deutschen Staaten also demonstrativ in der Reserve – ein in seiner langfristigen Brisanz nicht nur hochschul-, sondern auch gesamtpolitisch kaum zu unterschätzender Sachverhalt.

Dies ist nur eines der überraschenden Ergebnisse einer fächerrepräsentativen Befragung von Studierenden aus beiden Teilen Deutschlands. Getragen wurde die im Mai 1990 abgeschlossene Erhebung von der Abteilung Stu-

dentenforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universitäten Marburg und Siegen.

Schon seit Ende der sechziger Jahre führt das Leipziger Institut regelmäßig solche anonymen Befragungen zu den Lebenseinstellungen und -bedingungen der DDR-Studentenschaft durch. Die letzte dieser Untersuchungen, STUDENT 89, lief im Frühjahr 1989. Aufgrund der revolutionären Veränderungen im Herbst vergangenen Jahres kam es zu dem Entschluß, diese Studie unter der Bezeichnung STUDENT 90 kurzfristig zu wiederholen.

Auf Initiative der Forschungsgruppe DDR an der Marburger Universität wurde mit einem adaptierten Fragebogen eine Parallelerhebung unter bundesdeutschen Studenten organisiert. Insgesamt konnten so 2034 Studierende zur aktuellen Situation befragt werden, darunter 1462 Studierende von neun DDR-Universitäten und -Hochschulen sowie eine wegen der kurzfristigen Vorbereitung erheblich kleinere Stichprobe von 572 Studierenden der Universitäten Marburg und Siegen.

Die Fragen, die an sie gestellt wurden, betrafen ein weites Themenspektrum von allgemeinen Wertorientierungen über die pädagogische Be-

Tabelle 1

#### Deutsch-deutsche Verbundenheit

Wie stark identifizieren sich Studierende mit ihrer eigenen Gesellschaft?

	sehr stark/stark	schwach/gar nicht
DDR-Studierende 1989	68%	4%
DDR-Studierende 1990	60%	9%
BRD-Studierende 1990	41%	16%

Wie stark identifizieren sich Studierende mit dem jeweils anderen deutschen Staat?

	sehr stark/stark	schwach/gar nicht
DDR-Studierende 1989	10%	44%
DDR-Studierende 1990	10%	43%
BRD-Studierende 1990	10%	49%

wertung und sozialen Gegebenheiten des Studiums bis hin zum Freizeitverhalten und zu den Herkunftsbedingungen der Studenten. Auch wenn dieses Projekt im wesentlichen nur als eine Art Testlauf für zukünftige gesamtdeutsche Studentenuntersuchungen gedacht war, so besteht sein Wert doch nicht allein in der Klärung methodischer Probleme solcherart Vergleichsstudien. Vielmehr liefern die erhobenen Daten auch einen ersten inhaltlichen Einblick in die zukünftig zweifellos bedeutsamen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der studentischen Kulturen beider deutscher Staaten.

Schon die im folgenden vorgestellten ersten Teilergebnisse über die politischen Orientierungen der Studierenden dokumentieren die Wichtigkeit und Unerläßlichkeit solcher Studien, beweisen sie doch die Existenz eines bei mancher verblüffender Gemeinsamkeit unübersehbaren Grabens zwischen dem akademischen Nachwuchs hüben und drüben, der nur in wechselseitiger Kenntnis und Anerkennung fruchtbringend überwunden werden kann.

## 2. Nationale Perspektiven: DDR-Identität unverändert

Zurück zur deutsch-deutschen Verbundenheit der Studentinnen und Studenten. Ihrer wechselseitigen staatlichen Desidentifikation entspricht auf beiden Seiten eine erheblich höhere Verbundenheit mit dem je eigenen Staat. Bekennen sich hierzulande nur 41% der Befragten ausdrücklich zur Bundesrepublik, so kann die nur noch kurz bestehende DDR immerhin bei 60% ihrer Studierenden eine starke Identifikation verbuchen. Das sind nur 8% weniger als im Frühjahr 1989. Die Ereignisse der vergangenen Monate konnten also das relativ hohe Identifikationspotential der an den DDR-Hochschulen Lernenden kaum antasten.

Ein solches anhaltend hohes Niveau läßt sich kaum als eine bloße Trotzreaktion auf Erscheinungen von Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik begreifen. Es handelt sich hierbei vermutlich um ein tief verwurzelt, das politische Weltbild der Studenten entscheidend konstituierendes Identifikationselement, das daher auch nicht einfach fallengelassen

oder ausgewechselt werden kann. Von daher muß DDR-Studierenden eine rasche deutsch-deutsche Vereinigung zwangsläufig als massive politische Identitätsbedrohung erscheinen.

Bundesdeutsche Studierende dürften diese von ihnen ebenfalls eher mit Reserve betrachtete Entwicklung nur deshalb nicht als derart massive Bedrohung empfinden, weil sie insgesamt weniger auf nationale Symbole und Identitäten angewiesen sind. Sie verkörpern vielmehr stärker den Typus des politisch wie ökonomisch emanzipierten Bürgers und Intellektuellen, der sich in seiner freien Individualität-entwicklung und Selbstverwirklichung durch allzu starke nationale Bindungen eher behindert fühlt. Seine »Ideologie« ist (vor dem Hintergrund ökonomischer Prosperität und Internationalisierung) die Ungebundenheit, die Unbegrenztheit des Konsums, des Selbst- und Weltgenusses.

In der DDR dagegen war – auf einem sehr viel eingeschränkteren Niveau individueller Entfaltung- und Konsummöglichkeiten – ein erheblich höherer Grad an DDR-nationalem Bewußtsein zur Ausbildung einer politischen Identität vonnöten. Dabei haben sich große Teile der DDR-Studentenschaft im Laufe der achtziger Jahre aufgrund des erlebten Widerspruches zwischen Theorieverheißung und deren fehlender Einlösung immer mehr von der herrschenden Partei und anderen Massenorganisationen distanziert – vor allem, nachdem in der Sowjetunion Gorbatschow seine Politik von Glastnost und Perestroika verkündet hatte.<sup>1</sup>

Bei ihrer Suche nach alternativen Identifikationsangeboten waren sie jedoch immer wieder auf ihren Staat und dessen sozialistische Gesellschaftsordnung zurückgeworfen. Dementsprechend erstritten und erarbeiteten sie in Anlehnung an Gorbatschow ihr Bild von einer DDR, in der die Menschenrechte verwirklicht

<sup>1</sup> Die deklarierte Verbundenheit mit der SED ist unter den Studierenden von 58% im Jahr 1979 auf 28% im Jahr 1989 zurückgegangen. Die Wirtschaftspolitik der Partei haben im Frühjahr des vergangenen Jahres nur noch ein Fünftel, die Informationspolitik gar nur noch 5% der Befragten gutgeheißen.

sind, in der ein Sozialismus »mit menschlichem Antlitz« besteht. In der Verbundenheit zur DDR drückt sich deshalb keine Identifikation mit dem alten SED-Regime aus, sondern mit einer erneuerten, demokratischen DDR. Kein Wunder also, daß noch im Frühjahr 1990, als die Vereinigung der beiden deutschen Staaten schon eine beschlossene Sache war, 52% der Studierenden noch eine Konföderation als optimalen Weg des Zusammengehens favorisierten.

Daß hinter der starken Verbundenheit der DDR-Studenten und Studentinnen mit ihrem Staat keineswegs etwa nur ein Nachtrauern hinter dem verflissenen Regime oder andererseits lediglich bloße heimatliche Gefühle stecken, machen auch die Antworten auf die Frage nach den bewahrenswerten Elementen ihrer Gesellschaft deutlich. An der Spitze stehen dabei mit Abstand die sozialen Errungenschaften der DDR. So wurde an vorderster Stelle mit 94% Zustimmung der gesicherte Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen genannt, 88% plädierten für die Beibehaltung der in der DDR bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (übrigens ohne wesentliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern), 86% befürworteten ein kostenloses Studium, und immer noch zwei Drittel der Studentenschaft wollte die Vollbeschäftigung bewahrt wissen.

### 3. Internationale Perspektiven: vom sozialistischen zum europäischen Lager

Nicht nur gegenüber dem jeweiligen anderen deutschen Staat, auch in bezug auf ihre bisherigen Führungsmächte verhält sich die deutsche Studentenschaft reserviert (Tab. 2). Besonders auffällig ist der dramatische Rückgang der Verbundenheit mit der Sowjetunion auf seiten der DDR-Studentenschaft von 31% auf 6%. Damit wird allerdings nur jenes ostentativ

niedrige Niveau erreicht, auf dem sich bundesdeutsche Studenten mit den USA identifizieren.

Der gravierende Verbundenheitsabbau läßt sich indes nicht allein mit der Aufgabe bestimmter ideologischer Konventionen erklären. Vielmehr äußert sich hierin eine Desillusionierung größten Ausmaßes über den Erfolg der Perestroika-Politik. Noch im Frühjahr 1989 fanden nicht nur 95% der DDR-Studentinnen und -Studenten Gorbatschow und seine Politik sympathisch, über die Hälfte von ihnen meinte darüber hinaus, in einer stärkeren Anlehnung der DDR an den sowjetischen Kurs ein erfolversprechendes Konzept für die Entwicklung ihres Landes zu sehen. Die damit verbundenen Hoffnungen haben sich im Laufe eines einzigen Jahres weitgehend zerschlagen. So beurteilen heute nur noch 16% der DDR-Studierenden den weiteren Fortgang der sowjetischen Umgestaltung einigermaßen zuversichtlich. Das ist im Vergleich zum Frühjahr 1989 ein Rückgang um mehr als 50%. Und mit der Hoffnung auf einen von der Führungsmacht vorgelebten »Dritten Weg« ist auch die Identifikation mit dieser Führungsmacht selber drastisch gesunken (Tab. 3, S. 1400).

Bundesdeutsche Studierende, die sonst in vielen Aspekten kritischer urteilen, hegen in diesem Punkt weitaus mehr Optimismus. Immerhin noch gut ein Drittel von ihnen gibt der Perestroika eine Chance. Das mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß ihre Erwartungen an diese Entwicklung geringer und ihr Informationsinteresse und deshalb auch ihr Informiertheitsgrad kleiner sind als bei ihren DDR-Kommilitoninnen und -Kommilitonen. Der dramatische Rückgang der Verbundenheit mit der Sowjetunion scheint ein Symptom für eine generelle Umorientierung der DDR-Studentenschaft von Ost nach West zu sein. Diese Umstellung hat sich schon lange vorbereitet.

Tabelle 2

Verbundenheit mit der Sowjetunion

	sehr stark/stark	schwach/gar nicht
DDR-Studierende 1989	31%	17%
DDR-Studierende 1990	6%	58%
BRD-Studierende 1990	4%	68%
Verbundenheit BRD-Studierender mit den USA 1990	6%	61%

Tabelle 3

Internationale Zukunftsprognosen  
Wie beurteilen Sie die Aussichten folgender Entwicklungen?

	zuversichtlich	nicht zuversichtl.
Umgestaltung in der Sowjetunion		
DDR-Studierende 1989	68%	5%
DDR-Studierende 1990	16%	43%
BRD-Studierende 1990	30%	21%
Beziehungen zwischen den europäischen Staaten		
DDR-Studierende 1989	41%	10%
DDR-Studierende 1990	69%	5%
BRD-Studierende 1990	72%	6%
Lösung der Probleme in der Dritten Welt		
DDR-Studierende 1989	5%	69%
DDR-Studierende 1990	2%	78%
BRD-Studierende 1990	1%	90%

So sprachen sich bei der Frage nach den erfolgsverheißenden Konzepten für die Weiterentwicklung der DDR im Frühjahr 1989 nicht nur über die Hälfte der Studierenden für eine Anlehnung an Perestrojka und Glasnost aus, ebenso viele plädierten auch für ein stärkeres Zugehen auf Westeuropa und die USA. Nunmehr scheint sich dieser Paradigmenwechsel endgültig vollzogen zu haben.

Ein Beweis dafür könnte auch die deutlich gewachsene Zuversicht der Studierenden aus der DDR im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten sein (Tab. 3). Immerhin hegen zwei Drittel von ihnen ausschließlich positive Erwartungen. Damit haben sie sich im Laufe des letzten Jahres der optimistischen Sicht ihrer bundesdeutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen angenähert.

Diese drastische Umorientierung der DDR-Studentenschaft vom sowjetischen zum europäischen Entwicklungsmodell läßt ihre eingangs referierte Unbeweglichkeit im DDR-BRD-Verhältnis noch bemerkenswerter erscheinen. Eine Einigungspolitik, die in ihrer Veränderungshetke die Konsistenz eigenstaatlicher Identität unter der jungen DDR-Intelligenz nicht berücksichtigt, kann dort nur Verunsicherung und Traumata erzeugen, von wo eigentlich besonders schöpferische Impulse für die Gestaltung eines neuen Deutschland ausgehen sollten. Da diese Feststellung unseren Erkenntnissen zufolge nicht nur für die junge, sondern in Teilen auch für die ältere Intelli-

genz der DDR (und in abgeschwächtem Maße auch für die der Bundesrepublik) gilt, steht zu befürchten, daß die Geburt der deutschen Einheit einmal mehr mit dem Makel einer abseits stehenden Intelligenz behaftet ist, ein für die zukünftige politische Kultur unserer Gesellschaft nicht eben glücklicher Umstand.

#### 4. Neue Bedrohungs- und Angstpotentiale

Wie stark das gegenwärtige Geschehen die DDR-Studenten verunsichert, machen ihre Antworten auf die Frage nach ihren Zukunftsängsten deutlich. Auf allen erfragten Gebieten reagieren sie mit deutlich größeren Bedrohungsgefühlen als ihre bundesrepublikanischen Kommilitonen.

So mag es zunächst nicht verwundern, daß die wirtschaftliche Entwicklung im jeweils eigenen Land aus DDR-Sicht wesentlich pessimistischer beurteilt wird als von hiesigen Studierenden.<sup>2</sup> Dementsprechend prognostiziert fast die Hälfte der DDR-Studentinnen und -Studenten eine wirtschaftliche Krise – eine, wie die letzten Monate gezeigt haben, durchaus nicht unrealistische Befürchtung (Tab. 4).

Mit der wirtschaftlichen Situation ganz eng in Zusammenhang stehend nahm in der DDR die Angst vor einer möglichen Arbeitslosigkeit rapide zu. Die Befürchtungen der DDR-Studentenschaft haben sich hier im Laufe eines Jahres

<sup>2</sup> DDR-Studierende 1990 – zuversichtlich: 36%, kaum/nicht zuversichtlich: 40%; BRD-Studierende 1990 – zuversichtlich: 71%, kaum/nicht zuversichtlich: 7%.

verzwölffacht. Demgegenüber ist das Angstpotential ihrer bundesdeutschen Kommilitonen um mehr als die Hälfte geringer, obwohl doch Arbeitslosigkeit auch und gerade für sie eine reale Gefahr darstellt. Offenbar haben sie es aber längst gelernt, mit dieser Bedrohung umzugehen.

Studenten in der DDR sind dagegen mit dem Gefühl einer relativen sozialen Sicherheit aufgewachsen. Diese Situation hat sich für sie nun in kürzester Zeit geändert; nicht nur ihre DDR-spezifische staatliche Identität, sondern auch ihre zuvor gesicherte Berufs- und Existenzperspektive erscheint ihnen abrupt bedroht. Die logische Folge hiervon ist eine massive Verstärkung ihrer Ängste nicht nur auf ökonomisch-sozialem, sondern auch auf zahlreichen anderen Gebieten.

So fühlen sich 46% von ihnen durch Aggression und Gewalt bedroht (BRD-Studierende nur 30%), 31% von Kriminalität (BRD-Studierende ebenso wie DDR-Studierende 1989 nur 14%). Ob dieser Angstzuwachs immer reale Grundlagen hat, erscheint gerade bei diesen Beispielen zweifelhaft. Zwar nehmen Aggressivität und Kriminalität in der DDR durchaus zu, haben aber allem Anschein nach noch

längst nicht westliches Niveau erreicht. Offenbar drückt sich in diesen Angstpotentialen also eine Art erhöhte Grundverunsicherung aus, die sich ihre konkreten Anlässe noch suchen muß und dabei zunächst auf allgemeine Stereotype zurückgreift.

Zu den ausgeprägtesten Bedrohungsgefühlen gehört die Furcht vor einem neuen Rechtsradikalismus. Von über der Hälfte der DDR-Studierenden wird er als echte Bedrohung empfunden. Damit stehen sie allerdings nicht allein, ihre bundesdeutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen entwickeln in diesem Punkte ein fast gleich hohes Angstpotential. Das deutet darauf hin, daß die ausgeprägten Befürchtungen der DDR-Studenten nicht etwa das Ergebnis linker Parteipropaganda ist, sondern andere Quellen haben muß.

Tatsächlich geben fast drei Viertel der DDR-Studierenden an, häufiger nach als vor dem Oktober 1989 ganz konkret mit rechtsradikalen Äußerungen konfrontiert worden zu sein (Tab. 5). Gewiß war auch schon vor dem Oktober rechtsradikales Denken in der DDR-Gesellschaft latent vorhanden, es konnte sich aber kaum in der Öffentlichkeit artikulieren. Jetzt geschieht das weitaus stärker, und gleichzeitig

Tabelle 4

**Zukunftsängste**

Wie stark fühlen Sie sich bedroht durch

	sehr stark/stark	schwach/gar nicht
eine wirtschaftliche Krise im eigenen Land		
DDR-Studierende 1990	46%	26%
BRD-Studierende 1990	8%	73%
Arbeitslosigkeit		
DDR-Studierende 1989	4%	93%
DDR-Studierende 1990	48%	24%
BRD-Studierende 1990	22%	51%
Rechtsradikalismus		
DDR-Studierende 1990	55%	21%
BRD-Studierende 1990	50%	26%

Tabelle 5

**Neue Erfahrungen für DDR-Studierende**

Wann haben Sie folgende Erfahrungen häufiger gemacht?

	häufiger vor Okt. 1989	häufiger nach Okt. 1989
Rechtsradikale Äußerungen von DDR-Bürgern	2%	71%
Starke Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen	25%	39%
Beteiligung an wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen	3%	36%

sind mit der allgemeinen sozialen Verunsicherung günstigere Bedingungen für eine Ausbreitung von Rechtsextremismus gegeben. Dem entspricht der Befund, daß die studentische Erfahrung von Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen mit der Wende eher zu- als abgenommen hat – und das in einer Gesellschaft, deren vorheriges politisches System nicht gerade von Toleranz gekennzeichnet war.

Ob solche Negativerfahrungen durch das Gefühl kompensiert werden können, mittlerweile deutlich stärker an wichtigen Entscheidungen beteiligt zu sein oder die eigene Meinung zu politischen Sachverhalten mehr gefragt zu sehen, steht dahin, zumal solche Erfahrungen angesichts der stark fremdbestimmten Entwicklung in der DDR nur für eine kurze Übergangszeit Nahrung werden finden können. Die Studierenden jedenfalls scheinen der demokratischen Entwicklung in ihrem Lande noch nicht allzusehr zu trauen. Geben sich auf die Frage nach der zukünftigen Demokratieentwicklung fast die Hälfte der bundesdeutschen Studierenden zuversichtlich, so sind es von ihren DDR-Kommilitonen lediglich 40%, ein nur geringfügig höherer Anteil als im Frühjahr 1989 unter dem alten SED-Regime. Das heißt, trotz freier Wahlen und Vereinigung verspricht sich immer noch nicht die Mehrzahl von ihnen eine stärkere Demokratisierung, vielmehr ist die Zahl jener, die auf diesem Feld keinerlei Erwartungen hegen, sogar deutlich gestiegen.

Mit ihren in kürzester Zeit auf hohem Niveau aufgebauten Zukunftsängsten stehen die Studenten allerdings nicht alleine da. In einer repräsentativen Meinungsumfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung im Juni dieses Jahres zeigte sich, daß zwei Drittel bis über drei Viertel der DDR-Bevölkerung sich durch die Zunahme von Kriminalität, Aggression und Gewalt sowie Rechtsradikalismus persönlich bedroht fühlen. In beiden Fällen, bei Studierenden wie in der breiten Bevölkerung, kommt noch hinzu, daß die entsprechenden Krisen zum Befragungszeitpunkt noch gar nicht ihren Höhepunkt erreicht hatten. Speziell der DDR-Studentenschaft steht ihre soziale Deklassierung im Kampf um Stipendien, Wohnung, Essenspreise, veränderte Studien- und Prüfungsanforderungen sowie in der »freien«

Konkurrenz um Studien- und Arbeitsplätze noch bevor.

### 5. Politisches Engagement und Protestbereitschaft

Angesichts dieser brisanten Situation stellt sich die Frage, in welchem Maße die früher eher besonders konformistisch erschienene DDR-Studentenschaft heutzutage bereit ist, sich im Sinne einer eigenständigen Interessenvertretung politisch zu engagieren. Auf ihre politische Diskussionsbereitschaft mit Freunden und Lehrkräften sowie ihr politisches Engagement im zukünftigen Beruf befragt, zeigen sie durchweg ein höheres Anregungsniveau als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen aus der Bundesrepublik. Was allerdings die Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen und Jugendorganisationen betrifft, so ist lediglich ein Fünftel der Studentenschaft bereit, sich dort zu engagieren. Das ist zwar ebenfalls deutlich mehr als in der Bundesrepublik. Angesichts der obligatorischen Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen wie der FDJ, DSF usw. während des SED-Regimes ist diese Quote aber wohl eher als Ausdruck einer gewissen Organisationsmüdigkeit zu werten.

Allerdings scheint es eine Ausnahme zu geben, nämlich die studentischen Interessenvertretungen: Rund die Hälfte der Studierenden ist bereit, hier mitzuwirken (BRD-Engagement: 11%<sup>3</sup>). Ebenso hoch ist der Anteil jener DDR-Studierenden, die sich an Demonstrationen für die Durchsetzung ihrer Interessen beteiligen wollen.

Nun ist zweifellos eine gewisse Vorsicht bei der Beurteilung von derlei Bereitschaftserklärungen im Hinblick auf ihre Handlungsrelevanz angebracht. Doch weisen auch die Fragen nach den konkreten politischen Aktivitäten in den letzten Wochen und Monaten für die DDR-Studierenden durchweg ein höheres Aktivitätsniveau aus: Im Vergleich zu BRD-Stu-

<sup>3</sup> Beim Vergleich dieser Daten ist allerdings zu beachten, daß bei den Befragungsteilnehmern aus der DDR aufgrund der sich erst noch entfaltenden politischen Strukturen lediglich die Bereitschaft zu bestimmten Formen politischen Engagements erkundet werden konnte, während bei den BRD-Studierenden nach ihren gegenwärtigen politischen Aktivitäten gefragt wurde.

dierenden wenden jene deutlich mehr Zeit für politische Diskussionen und den Besuch politischer Veranstaltungen auf. Vor dem Hintergrund ihrer höheren politischen Organisationsbereitschaft läßt sich hieraus unschwer ein stärkeres Potential ableiten, für die eigenen Interessen einzutreten und auch entsprechende Protestformen zu entwickeln. Diese Proteste werden zweifellos hartnäckiger ausfallen als der eher spontaneistische Aktionismus westdeutscher Studierender mit ihren ausgeprägten Aversionen gegenüber jeglicher organisatorischen Bindung bzw. Vereinnahmung. Die Demonstrationen der DDR-Studierenden im Frühsommer vor der Volkskammer legen dafür ein erstes beredtes Zeugnis ab.<sup>4</sup>

#### 6. Politische Sympathien: Rot-grün als Farben der studentischen Einheit

Sollte sich diese Mobilisierung, was sich unschwer vorhersagen läßt, im Laufe des Herbstes verstärken, so ist natürlich die Frage interessant, ob, und wenn ja, in welche Richtung sie sich allgemeinpolitisch verdichtet. Relativ eindeutige Hinweise hierauf lassen sich unseren Fragen nach den politischen Präferenzen der Studierenden entnehmen.

Leider war es in diesem Punkt nicht möglich, die in der BRD und DDR eingesetzten Fragebögen zu harmonisieren. Während wir für die bundesrepublikanische Erhebung ein schon aus den Konstanzer Querschnittsstudien<sup>5</sup> bewährtes Instrument einsetzen konnten, das die Zustimmung bzw. Ablehnung zu einem aussagekräftigen Spektrum politischer Grundpositionen abfragt, existiert ein solches Instrument für die DDR in der Umbruchsituation des Frühjahres naturgemäß nicht. Angesichts der Nähe der Befragung zu den ersten freien Volkskammerwahlen bestand überdies ein aktueller Bedarf nach politischer Meinungsforschung, so daß wir nunmehr lediglich über Sympathiebekundungen zum damals existierenden Parteienspektrum verfügen. Diese können aber durchaus zu politischen Grundpositionen ins Verhältnis gesetzt werden.

Das ist nicht zuletzt deshalb möglich, da der Schwerpunkt studentischer Positions- bzw. Parteipräferenzen hüben wie drüben gleichermaßen eindeutig auf der rot-grünen Seite liegt.

Wenn es also überhaupt schon Ansätze für eine Vereinheitlichung der deutsch-deutschen Studentenschaft gibt, dann liegen sie zu allererst hier, in ihrer rot-grün gefärbten Opposition zu den je Regierenden.

Für die bundesdeutschen Studierenden ist dies freilich keineswegs ein neuer Befund. Bemerkenswert ist immerhin, daß sich nicht nur in der Gesamtstatistik, sondern auch in der Fächer- und Geschlechterdifferenzierung durchgängig ein einziger Maßstab für die politische Positionsbewertung ausmachen läßt: die klassische Links-Rechts-Dimension mit einem kontinuierlichen Anstieg der Zustimmung von kommunistisch-marxistischen über sozialistische auf rot-grüne Positionen und einem eben solchen Abfall über liberale und christlich-konservative Präferenzen bis zum (stärker noch als das kommunistisch-marxistische Extrem ausgegrenzten) Nationalkonservatismus (Tab. 6, S. 1404). Dabei ist die grün-alternative Position in der Kontinuität der statistischen Verteilung in jedem einzelnen Fall zwischen sozialistisch und sozialdemokratisch verortet. Ihre besonders enge Verbindung zu sozialdemokratischen Sympathien dokumentiert sich nicht nur in einer ähnlich hohen Zustimmungquote, sondern darüber hinaus auch in dem Faktum, daß sich nicht weniger als 51% der Befragten gleichermaßen bei den Sozialdemokraten wie den Grünen gut aufgehoben wissen.

Eine analoge Deutung des politischen Sympathieprofils scheint auch für die DDR-Studenten möglich. Ganz im Gegensatz zu den Ergebnissen der ersten demokratischen Volkskammerwahlen dominieren bei ihnen ebenfalls grün-alternative und sozialdemokratische Sympathien, und zwar diesmal sogar mit einem deutlichen Vorsprung für die Grünen

4 Erfahrungen über die mögliche Kraft solcher Protestformen haben sie auch schon bei den Demonstrationen im vergangenen Herbst und Winter gesammelt. Im Durchschnitt hat sich jeder DDR-Studierende an vier Demonstrationen beteiligt, jeder fünfte sogar an mehr als fünf. Dies widerlegt eindeutig die gelegentlich geäußerte Auffassung von der DDR-Studentenschaft als einer »Nachhut der Revolution«.

5 Z. B. Tino Bargel, Gerhild Framheim-Peisert, Johann-Ulrich Sandberger: Studierenerfahrungen und studentische Orientierungen in den 80er Jahren - Trends und Stabilitäten. Bonn 1989.





(Tab. 6). Der beiderseitige Abfall von diesem Höhepunkt fällt dann jedoch noch stärker zuungunsten des rechten Flügels aus: die liberalen Kräfte erhalten nur von 23% und die christlich-konservativen gar nur von 20% der Studierenden Zustimmung.

Auf dem linken Flügel erhält die PDS sehr hohe Sympathiewerte und wird eng neben der Spitze angesiedelt. Ähnlich positiv ist die Bürgerbewegung Neues Forum besetzt. Fraglich ist in diesem Zusammenhang allerdings, ob die PDS stärker als eine sozialdemokratische oder als eine sozialistische Partei gesehen wird. Beide Tendenzen scheinen vorhanden zu sein. 35% der Studentenschaft, das sind deutlich über die Hälfte jener, die der PDS ihr Vertrauen bekunden, geben gleichzeitig SPD und PDS ihre Zustimmung, sehen also zwischen ihnen keine unüberwindlichen Hürden. Noch stärker wird die PDS allerdings in die Nähe der Grünen und der Bürgerbewegungen gestellt. 54% der Studierenden, das sind 87% aller PDS-Sympathisanten, halten PDS und die Grünen bzw. die Bürgerbewegung Neues Forum gleichzeitig für vertrauenswürdig.

Für die naheliegende Befürchtung, bei den PDS-Anhängern unter den Studierenden handle es sich um wesentlichen um jugendliche Stalinisten überkommener SED-Provenienz, gibt es also keine Anhaltspunkte. Wie bereits erwähnt, hat die studentische Jugend der DDR

in hohem Maße schon vor der Wende von der SED und ihrer Politik Abschied genommen. Seither sind auch die damit verbundenen Bekenntnisse zum Marxismus-Leninismus und Fortschritt des Sozialismus großenteils weggebrochen. Die im Studium fachübergreifend obligatorische Beschäftigung mit gesellschaftswissenschaftlichen Fragen wird von DDR-Studierenden sogar weniger bejaht (47%) als von ihren bundesdeutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen (65%), wobei im übrigen an der Spitze der ausdrücklich genannten gesellschaftswissenschaftlichen Interessen die Psychologie (DDR) anstelle der Philosophie (BRD) steht.

Worauf allerdings der »harte Kern« der studentischen Linken in der DDR beharrt, ist das Engagement für einen demokratischen Sozialismus. Von Anfang 1989 bis Anfang 1990 sank die Quote für die Bejahung eines solchen Engagements lediglich von 36% auf 34% (BRD immerhin auch 20%), während zugleich dessen ausdrückliche Ablehnung von 27% auf 49% stieg (BRD 64%). Allerdings scheint ein Schwerpunkt dieses demokratisch-sozialistischen Engagements vorrangig auf sozialem Gebiet zu liegen. 54% der DDR-Studierenden wollen sich im Beruf für sozial Benachteiligte einsetzen, eine sicherlich spezifisch DDR-geprägte Einstellung, die bei bundesdeutschen Studierenden trotz stärkeren Bekenntnisses zur

Tabelle 6

Politische Sympathien  
Das DDR-Parteienspektrum im Urteil von DDR-Studierenden

	Vertrauen	Mißtrauen
Grüne	76%	17%
SPD	64%	35%
PDS	62%	37%
Neues Forum	60%	34%
Unabhängiger Frauenverband	45%	31%
Demokratie Jetzt	45%	32%
Vereinigte Linke	43%	35%
Bund Freier Demokraten	23%	50%
CDU	20%	79%
DSU	10%	84%

Politische Grundpositionen im Urteil von BRD-Studierenden

	Zustimmung	Ablehnung
Sozialdemokratisch	73%	27%
Grün-alternativ	66%	34%
Liberal	54%	46%
Christlich-konservativ	32%	68%
Sozialistisch	25%	75%
Kommunistisch-marxistisch	14%	86%
National-konservativ	4%	96%

Sozialdemokratie nur noch von einer Minderheit (42%) geteilt wird.

#### 7. Deutsch-deutsches Politikerideal: »Parteiunabhängige Fachleute«

Ebenfalls dem seinerzeitigen Bedürfnis nach politischen Meinungsumfragen in der DDR ist die Aufnahme zweier offener Fragen nach konkreten Politikersympathien in STUDENT 90 geschuldet. Immerhin konnten wir hiermit eine verallgemeinernde Frage zum Politikerbild der Studierenden verbinden; sie stellt mehrere Personengruppen zur Disposition, von denen erfragt wird, ob sie zur Lösung der gegenwärtigen Probleme in besonderem Maße beitragen können.

Die wiederum verblüffend einheitliche Antwortpräferenz der Studentenschaft aus beiden deutschen Staaten besteht nun darin, daß sie gleichermaßen »*parteiunabhängige Fachleute*« an erster Stelle für geeignet halten, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. 73% der DDR – und 65% der bundesdeutschen Studierenden sprechen sich für diese Personengruppe aus (Tab. 7).

Das indiziert ein unerwartet technokratisches Verständnis von Politik auf beiden Seiten. Der besonders starke Hang von DDR-Studierenden zu unparteilichen Experten tritt noch deutlicher in einer offenen Frage in Erscheinung, deren Auswertung allerdings noch nicht abgeschlossen ist. Ihr zufolge wird als besondere Fähigkeit, über die eine Persönlichkeit an führender Stelle in der Gesellschaft verfügen soll, in den freien DDR-Antworten mit Abstand an

erster Stelle »*Fachkompetenz*« genannt, gefolgt von »*Durchsetzungsvermögen*« und »*Ehrlichkeit*«, während bundesdeutsche Studenten die Ehrlichkeit in etwa gleichauf mit der Fachkompetenz favorisieren.

Aus der jüngsten Geschichte der DDR heraus läßt sich das nachdrückliche Bestehen auf fachlichen Qualifikationen allerdings leicht als Reaktion auf die häufig sachinkompetente »*Parteilichkeit*« der bisherigen Politikergeneration deuten, während das geforderte Durchsetzungsvermögen einen spezifischen Akzent im Sinne der Wahrung von DDR-Interessen gegenüber Westpolitikern zu besitzen scheint. Die gleichermaßen reklamierte Ehrlichkeit läßt darüber hinaus auf einen gesamtdeutschen Überdruß an vollmundigen Propagandisten bzw. Wahlkämpfern mit hohen opportunistischen Kapazitäten schließen. Dementsprechend stehen im studentischen Politikerideal zumindest der Bundesrepublik die »*engagierten Bürger*« gleich nach den Fachleuten an zweiter Stelle der Rangskala, während »*erfahrene Politiker*« ebenso wie »*demokratisch gewählte Volksvertreter*«, also sozusagen die Politikprofis, unter ferner liefen rangieren.

Um so bemerkenswerter ist das Ergebnis, daß die Berufspolitiker in der DDR-Studentenschaft erheblich besser wegkommen. Die offenkundige Politikerverdrossenheit der Studierenden, die in der Bundesrepublik unterschiedslos alle professionellen Politiker betrifft, scheint sich in der DDR im wesentlichen auf die Altpolitiker von SED-Gnaden zu beschränken. Durch Wahlen legitimierte und er-

Tabelle 7

Wer soll die Probleme lösen?

Welche Personengruppen halten Sie für geeignet, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen?

	geeignet	nicht geeignet
<b>Erfahrene Politiker</b>		
DDR-Studierende 1990	65%	12%
BRD-Studierende 1990	30%	33%
<b>Engagierte Bürger</b>		
DDR-Studierende 1990	56%	15%
BRD-Studierende 1990	56%	11%
<b>Parteienunabhängige Fachleute</b>		
DDR-Studierende 1990	72%	9%
BRD-Studierende 1990	65%	20%
<b>Repräsentanten neuer politischer Parteien und Bewegungen in der DDR</b>		
DDR-Studierende 1990	38%	23%

probte Politikprofis werden dagegen stärker noch als engagierte Bürger für führungsfähig gehalten.

Die Tatsache, daß andererseits die »Repräsentanten neuer politischer Parteien und Bewegungen in der DDR« im studentischen Politikerbild nur eine untergeordnete Rolle spielen, deutet indes darauf hin, daß es sich bei den zur Antwortauswahl gestellten Berufspolitikern in der Vorstellung der Befragten offenbar um solche aus dem Westen handelt. Ihnen wird (oder wurde jedenfalls im Frühjahr) seitens der jungen DDR-Intelligenz offenbar eine Art »DDR-Bonus« gezollt, von dem man gespannt sein darf, wie lange sie von ihm noch zu profitieren in der Lage sein werden.

#### 8. Prominenz und Akzeptanz von Berufspolitikern

Vom Ideal zur Wirklichkeit: Wie werden Berufspolitikern aus beiden deutschen Staaten ganz konkret beurteilt? Obwohl die Antworten auf die hierzu gestellten offenen Fragen weniger etwas über die Studierenden als über die betroffenen Politiker auszusagen scheinen (und letzteres auch nur auf den Zeitpunkt der Befragung beschränkt), erweisen sie sich im Kontext der Gesamtuntersuchung doch als recht aufschlußreich. Sie bestätigen nämlich

zum einen im wesentlichen die bereits an anderer Stelle ermittelten Parteienpräferenzen, geben aber zum anderen (aufgrund der offenen Fragen grundsätzlich innewohnenden polarisierenden Wirkung) einige aufschlußreiche Besonderheiten zu erkennen.

So ist zunächst auffällig, daß die knapp 1500 DDR-Studenten deutlich weniger verschiedene Politiker benennen als die rund 600 bundesdeutschen Studenten. Die politische Landschaft der DDR war eben im Frühjahr 1990 noch in der Entwicklung, nur relativ wenige Köpfe ragten heraus.

An vorderster Stelle im studentischen Ansehen stehen dabei die führenden Mitglieder von PDS und SPD, während die Spitzenleute aus den christlich-konservativen Kreisen eher skeptisch beurteilt werden (Tab. 8). Anders ihre bundesdeutschen Kommilitonen und Kommilitoninnen: Sie enthalten sich zwar bei dieser Frage häufiger der Stimme, favorisieren aber, wenn sie antworten, weitaus häufiger konservative Politiker. Das entspricht nun allerdings nicht gerade ihren zuvor ermittelten politischen Grundpositionen. Die relativ hohe Rate der Antwortverweigerung und ein vermutlich beträchtlicher Grad an Unwissenheit über die politische Szene in der DDR geben

Tabelle 8

Vertrauen zu Politikern  
Vertrauen zu DDR-Politikern

	Studierende	
	DDR	BRD
Modrow	82%	11%
De Mazière	8%	43%
Gysi	40%	12%
Böhme	14%	19%
Eppelmann	4%	23%
Meckel	3%	28%
Bohley	0%	9%
Ullmann	6%	2%
Berghofer	7%	0%
Weiß	6%	1%

Vertrauen zu BRD-Politikern

	Studierende	
	DDR	BRD
Weizsäcker	29%	68%
Lafontaine	51%	33%
Genscher	33%	31%
Brandt	31%	10%
Kohl	6%	9%
Momper	10%	14%
Süßmuth	2%	11%
Schmidt	6%	6%
Vogel	8%	2%
Engholm	3%	5%

daher Anlaß zu der Vermutung, daß die DDR-bezogene Politikerfrage eher den Assoziationshorizont der Befragten als ihren tatsächlichen Standpunkt abgetastet hat. In den Antworten dürfte sich dementsprechend vor allem die Medienwirksamkeit der DDR-Politiker widerspiegeln.

Hierfür spricht auch, daß sich die DDR-Politikersympathien bei den bundesdeutschen Studierenden in überraschendem Maße mit den Ergebnissen einer zeitgleichen Spiegelumfrage vom Mai dieses Jahres decken. Auch in dieser für die Gesamtbevölkerung repräsentativen Umfrage steht de Maizière, gefolgt von Meckel und Eppelmann, an der Spitze der Sympathiewerte.

Bei der Beurteilung der umgekehrt in der DDR sehr viel bekannteren bundesdeutschen Politiker stellt sich dann aber wieder die konstatierte politische Einheit zwischen den beiden Studentenschaften her. Neben der großen Ausnahme des Bundespräsidenten erhalten aus Ost und West prominente Sozialdemokraten sowie Hans-Dietrich Genscher die stärksten Vertrauenspräferenzen (Tab. 8).

Das Problem bei derlei einseitig positiven Sympathieerkundungen ist freilich, daß man, wie die Bewertung von DDR-Politikern durch bundesdeutsche Studierende zeigt, häufig die politische Beurteilung der Betroffenen nicht von ihrer bloßen Prominenz, ihrem durch mehr oder weniger aufdringliche Medienpräsenz erreichten Bekanntheitsgrad, unterscheiden kann. Dies ist nur möglich, wenn man mit der Vertrauens- zugleich auch die Mißtrauensfrage stellt, also jene Politiker zu nennen auffordert, die den Befragten in besonderem Maße vertrauensunwürdig erscheinen. Das haben wir mit einer zusätzlichen offenen Frage getan, die aber jeweils nur auf die Politiker des eigenen Staates Bezug nimmt.

Setzt man nun die Häufigkeit der Nennungen ein-und-desselben Politikers in der Vertrauens- und Mißtrauensfrage in Beziehung zueinander, so lassen sich hieraus Koeffizienten für dessen »Prominenz« bzw. »Akzeptanz« ermitteln. Dabei ist die »Prominenz« ein Maß für die relative Häufigkeit, mit der die betreffenden Politiker insgesamt genannt werden, mißt also gewissermaßen den Aufmerksamkeitswert

bzw. die Präsenz der Betroffenen im spontanen Assoziationshorizont der Studierenden, unabhängig von irgendeiner politischen Bewertung. Dagegen markiert die »Akzeptanz« das reine Werturteil über die genannten Politiker, ihre durchschnittliche Bewertung als eher vertrauenswürdig oder mißtrauensträchtig. Sie nimmt bei ausschließlich positiven Nennungen den Wert +100% und bei ausschließlich negativen Nennungen den Wert -100% an.

Wie die auf dieser Grundlage in der Reihenfolge höchster Prominenz zusammengestellte Tabelle 9 auf S. 1408 zeigt, genossen bei den DDR-Studenten im Frühjahr 1990 fast ausschließlich die damaligen Parteiführer von PDS, SPD und christlich-konservativen Parteien die höchste Prominenz, die Spitzenleute der Bürgerbewegungen liegen dagegen durchweg unter 10%, prominente Grüne sucht man trotz des starken Bekenntnisses der Befragten zu grünalternativen Positionen vergebens.

Einen Sonderstatus genießt Hans Modrow. Sowohl in Prominenz als auch in Akzeptanz nimmt er bei den Studenten eine eindeutige Spitzenstellung ein. Das läßt sich sicherlich kaum mit seiner SED-Vergangenheit und auch nicht mit seinem Bekenntnis als Sozialist erklären. Denn andererseits wird der PDS-Partei-vorsitzende Gysi von den Studenten viel ambivalenter beurteilt: Seine hohe Prominenz gründet sich zu einem Drittel auf jenen Teil der Studentenschaft, die ihm eher Mißtrauen entgegenbringt.

Die christlich-konservativen Parteiführer können zwar relativ hohe Prominenzwerte für sich buchen, sie werden aber alle ausgesprochen negativ beurteilt, besonders herausragend der damalige Vorsitzende der DSU, Hans-Wilhelm Ebeling mit einem Akzeptanzwert von -93%. SPD-Politiker aus der DDR scheinen dagegen bei den dortigen Studierenden im Gegensatz zur Beurteilung ihrer bundesdeutschen Kollegen eine eher zweitrangige Rolle zu spielen. Ihnen mangelt es offenbar - noch dazu nach dem Abgang von Ibrahim Böhme aus der Parteiführung - ähnlich wie den Grünen an prägnanten Leitfiguren bzw. den Mitteln zu ihrer öffentlichen Profilierung.

Sehr hohe Vertrauens- und damit Akzeptanzwerte erhalten führende Vertreter der Bürger-

bewegungen wie Konrad Weiß und Wolfgang Ullmann. Das war angesichts des politischen Profils der DDR-Studierenden nicht anders zu erwarten. Überraschend jedoch ist ihre sehr eingeschränkte Prominenz. Über Medien- und Wahlkampftrümmel konnten sich auch bei den Studenten offenkundig die Führungskräfte der Parteien, insbesondere der Altparteien, weit aus besser in Szene setzen.

Beim Blick auf die Beurteilung bundesdeutscher Politiker durch die hiesigen Studenten (Tab. 9) sind nicht so sehr die Einzelbewertungen, sondern vor allem einige strukturelle Merkmale bedeutsam. So zeichnet sich im Vergleich mit der schon erwähnten Spiegel-Umfrage eine auffällige Abwertung der »Landesfürsten« Späth, Rau, Engholm und Momper ab. Noch aufschlußreicher ist der Umstand, daß sämtliche Parteiführer ausgesprochen negativ wegkommen, und zwar um so negativer, je kleiner die Partei ist. Gleichzeitig wächst dem über den Parteien agierenden Bundespräsidenten geradezu die Rolle eines neuen Idols der studentischen Jugend zu, das im Gegensatz zu früher offenbar nicht mehr an den politischen Rändern, sondern in der großbürgerlichen Mitte gesucht wird. Dies läßt sich sowohl mit der schon festgestellten Distanz zu den

Parteien als auch mit einer neobürgerlichen Wertorientierung der Studierenden, wie sie die Auswertung anderer Fragen offenbart, erklären.

Geradezu verblüffend ist schließlich der Befund, daß sich im studentischen Weltbild an der Spitze jeder Partei (mit Ausnahme der Rechtsgruppierungen) ein Sieger-Verlierer-Paar, eine Kombination von »Held« und »Watschenmann« findet. Bei der CDU sind das (auf jeweils gleichem Prominenzniveau) Weizsäcker und Kohl oder auch Süßmuth und Stoltenberg. Nicht ganz so ausgeprägt ist der Gegensatz in der SPD zwischen Lafontaine und Vogel, um so stärker dafür in der FDP zwischen Genscher und Lambsdorff. Selbst bei den Grünen gibt es mit dem Paar Fischer/Ditfurth Ansätze für eine derartige Rollenverteilung.

Dieser Sachverhalt läßt sich nun nicht etwa dadurch erklären, daß die Befragten ihre Sympathieträger jeweils im eigenen und ihre Antipathieträger jeweils im gegnerischen Lager suchen. Dann müßten alle Beteiligten, darunter auch die Parteiführer und insbesondere alle Mitte-Linkspolitiker, mindestens mit gemischten, wenn nicht gar positiven Zensuren davorkommen. Das geschieht jedoch keineswegs.

**Tabelle 9**  
Prominenz und Akzeptanz von Politikern  
DDR-Politiker aus der Sicht von DDR-Studierenden

	Prominenz (0 bis 100%)	Akzeptanz (- 100% bis + 100%)
Modrow	87%	+ 89%
Gysi	60%	+ 33%
De Mazière	54%	- 71%
Ebeling	49%	- 93%
Eppelmann	36%	- 76%
Böhme	26%	+ 5%
Berghofer	9%	+ 63%
Luft	7%	+ 55%
Ullmann	6%	+ 99%
Weiß	6%	+ 89%

BRD-Politiker aus der Sicht von BRD-Studierenden

	Prominenz	Akzeptanz
Weizsäcker	69%	+ 97%
Kohl	66%	- 73%
Lafontaine	47%	+ 43%
Genscher	33%	+ 85%
Schönhuber	33%	- 99%
Waigel	24%	- 88%
Lambsdorff	18%	- 90%
Vogel	14%	- 75%
Brandt	13%	+ 53%
Blüm	13%	- 25%

Statt dessen offenbart eine konkrete Durchsicht der Antworten, daß in ihnen häufig Vertreter der unterschiedlichen Parteien nebeneinanderstehen. Offenbar verteilen Studierende ihre Sympathien an Politiker vergleichsweise unabhängig von deren Parteizugehörigkeit. Mehr noch: sie tun das auch unabhängig von ihren eigenen Parteipräferenzen in kollektiv außerordentlich geschlossener Weise. Lediglich zwei der aufgelisteten Persönlichkeiten erfahren statistisch gesehen eine einigermaßen gemischte Akzeptanz zwischen +50% und -50%, über die Hälfte dagegen eine einseitig positive oder negative Bewertung von um die 90%.

Solch eine relative Losgelöstheit der Politikerakzeptanz von der der Parteien läßt sich bei der Beurteilung von DDR-Politikern durch DDR-Studierende kaum entdecken. Eine Ausnahme macht nur der schon erwähnte Hans Modrow. Er scheint mit seinem hohen Akzeptanzwert von vielen Studenten als eine mögliche Integrationsfigur angenommen worden zu sein, denn sein Name wird in der Vertrauensfrage in Zusammenhang mit Politikern aller Couleur genannt. Sein Abgang aus der Führung muß bei DDR-Studierenden das ohnehin drastisch verkleinerte Spektrum politischer Identifikationsmöglichkeiten noch weiter beschnitten haben, ohne daß diese Lücke bislang personell aufgefüllt werden konnte.

#### **9. Resümee: DDR-Studierende im politisch-sozialen Vakuum**

Bei dem Versuch eines ersten Resümees der vorliegenden Befunde fällt dem Marburger stärker noch als dem Leipziger Autor vor allem ein massiver Identitätswandel der DDR-Studierenden ins Auge. Während die interessenbewußt-oppositionelle Haltung der hiesigen Studentenschaft in ihrer Entwicklung zu einem radikaldemokratisch-neobürgerlichen Selbstbewußtsein seit längerem bekannt und beschrieben worden ist und durch die jüngsten Ereignisse auch keine nennenswerten Veränderungen erfahren hat, ging DDR-Studierenden bei uns bis vor kurzem der Ruf eines besonders ausgelesenen, angepaßten Kadernachwuchses für das SED-Regime voraus. Daß dieses Bild schon seit längerem immer weniger

gestimmt hat, war dem einen von uns bereits vor der Wende klar; wieweit und schnell dieser Ablösungs- und Umformungsprozeß der DDR-Studentenschaft zu einer eigenständigen und eigenwilligen Kraft mit unverwechselbarem politischem Profil bereits vorangeschritten ist, hat dem anderen von uns Erstaunen und Respekt abgenötigt; in welchem Maße sich dabei die Studentenschaften beider deutscher Staaten einander in wesentlichen politischen Grundpositionen angenähert haben, ohne sich dabei offenbar bislang allzusehr gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen, hat uns beide verblüfft.

So steht die junge Intelligenz in beiden Teilen Deutschlands in nachdrücklicher Opposition zu tendenziell restaurativen Regierungen, ihr Weltbild wird stärker von sozial-demokratischen, grün-alternativen und mehr oder weniger auch von sozialistischen Maximen bestimmt. Die geringe Verbundenheit mit den Großmächten, die zumeist düsteren Zukunftsprognosen, die Bereitschaft zur offensiven Vertretung der eigenen Interessen sowie die Aversion gegenüber den eigenen Altpolitikern profilieren sie im alles vereinheitlichenden Vereinigungsprozeß zu einem der wenigen Träger übergreifenden Erneuerungswillens in Deutschland.

Die Desidentifikation mit dem gegenwärtigen Geschehen greift bei den Studierenden aus der DDR momentan noch weiter und tiefer. Mit ihrer anhaltend hohen Verbundenheit zum eigenen Land sträuben sie sich vor allem gegen die Art und Weise, wie der Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten vollzogen wird. Ihr politisches Profil zeichnet sich im Vergleich zur bundesdeutschen Studentenschaft durch eine nochmalige Linksverschiebung aus, ohne daß dabei alte SED-Traditionen eine nennenswerte Rolle spielen. Geblieben ist aus jener Zeit allerdings ein nachhaltiges Eintreten für soziale Belange; viele diesbezügliche Ererbschaften der DDR wollen sie bewahrt wissen.

Mit diesen positiven eigenen Traditionen verbinden sie aus dem Osten überkommene Hoffnungen eines demokratisch-sozialistischen Aufbruchs und in geradezu unglaublicher Geschwindigkeit adaptierte Basiselemente grüner

Alternativen aus dem Westen. Hieraus formiert sich vor dem Hintergrund hoher politischer Mobilisierung eine unerwartet konsistente oppositionelle Identität von bemerkenswerter Eigenständigkeit, die die DDR-Studentenschaft absolut nicht als Juniorpartner ihres BRD-Pendants erscheinen läßt.

Die rasche Entwicklung dieser neuen Identität mag durch die letzten Jahre des immer unglaubwürdiger werdenden SED-Regimes vorbereitet worden sein, sie wurde jedoch gleichermaßen durch die sich mit der Wende auftuende Bodenlosigkeit der DDR erzwungen. Wenn den Studierenden nach dem Verlust der heilen Welt ihrer wohlgeordneten Studien- und Kaderpläne nun auch noch ihre sozialistisch-alternative DDR-Identität genommen wird, wenn die bis vor kurzem noch sicheren sozialen Perspektiven eines jeden einzelnen ins Nichts zerrinnen, wenn sie über Nacht mit existentiellen Bedrohungspotentialen konfrontiert werden, wie sie selbst ihre an die Arbeitslosigkeitperspektive gewöhnten bundesrepublikanischen Kommilitoninnen und Kommilitonen nicht kennen, dann darf es nicht verwundern, daß die Studierenden im Osten diejenigen im Westen mittlerweile nicht nur in ihrem Angst-, sondern auch in ihrem Mobilisierungsniveau überholt haben.

Hinzu kommt ein eklatanter Glaubwürdigkeitsverlust der älteren Generation, nicht zuletzt ihrer geistigen Ziehväter und -mütter, der Intelligenz: Entweder sie waren schon vorher durch einen allzugroßen Widerspruch von Reden und Handeln, von propagiertem Gesellschaftsideal und maroder Realität unglaubwürdig geworden, oder die Jugend hat ihnen ihren trotz aller privaten Vorbehalte engagierten Einsatz für einen besseren Sozialismus abgenommen, dann kann die distanzlose Unterwerfung unter den westlichen Kapitalismus, seine überganglose Glorifizierung als alles richtende »Marktwirtschaft«, nur fassungslos registriert werden. Die wenigen, häufig in der ersten Phase der Umwälzung vorwärtsdrängend in Erscheinung getretenen Persönlichkeiten, die durch ihre oppositionelle Kontinuität und Integrität noch jugendliche Identifizierungsbedürfnisse auf sich ziehen konnten, werden überdies von innen wie außen in einem

Klima ideologischen wie materiellen Opportunismus' demontiert.

Wo also der akademische Nachwuchs hinsieht und hingreift, sind alte wie neue Orientierungspunkte weggebrochen, Glaubwürdigkeiten zerstört, Identifikationsmöglichkeiten genommen worden. Diese geistige Entwurzelung geht, wie bereits erwähnt, mit einem zunehmenden sozial-materiellen Deklassierungsprozeß einher. Von daher fällt es nicht schwer, die erhöhte politische Aktivität und Organisationsbereitschaft der DDR-Studierenden als Vorboten eines »heißen Herbstes« zu interpretieren.

Ob diese aus der Konfrontation unserer ersten politischen Befunde mit der desolaten Gegenwartssituation der DDR-Gesellschaft abgeleiteten Schlußfolgerungen tatsächlich tragfähig sind, wird sich nicht nur in der historischen Realität, sondern auch schon bei der weiteren Auswertung von STUDENT 90 zeigen. Erste Widersprüche deuten sich bereits bei der Durchsicht der Fragen zu wirtschaftlichen Einstellungen an: Offenbar greift auch bei den DDR-Studierenden das materielle Wunsdenken weiter, als es ihre ostentative politische Reserve vermuten läßt.

Sicherlich wird man überdies bei der weiteren Datenanalyse die Gesamtstichprobe zumindest nach Geschlecht und Fächern differenzieren müssen, wobei – das ist schon jetzt abzusehen – letzteres wesentlich größere Unterschiede zutage fördert als ersteres. Das gilt auch für die bundesdeutsche Stichprobe, in der überdies quer dazu liegende politische Fraktionierungen erkennbar sind. Von ihnen, ihrer Hoffnung auf Stärkung der gemeinsamen Kräfte oder ihrer Furcht vor beruflicher Chancenminderung durch die neue Konkurrenz wird es nicht zuletzt abhängen, ob und in welchem Maße die beiden deutschen Studentenschaften zusammenwachsen.

Einstweilen stehen wir noch ebenso am Anfang der Entwicklung wie der Auswertung. Ob es uns gelingt, mit dem Geschehen Schritt zu halten und weitere dramatische Veränderungen dokumentieren zu können, hängt nicht zuletzt von der Konsolidierung der sich scheinbar ähnlich wie die DDR-Identität ins Nichts verflüchtigen deutsch-deutschen Forschungsfinanzierung ab.